

PRESSEERKLÄRUNG DES SSM ZUM STAND VON MÜLHEIM 2020

Die Verwaltung hat heute das Protokoll der Sitzung des Veedelsbeirates vom 20.09. vorgelegt. Die Verwaltung hat darin zum ersten Male zu den Schwierigkeiten in Mülheim 2020 Stellung genommen. Dazu merken wir an:

1. Das Programm hat nach Auskunft der Verwaltung keineswegs mit der ersten Bewilligung im Dez. 2009 begonnen, sondern läuft, laut Protokoll, bereits seit 2007.
2. bis zum 20.Sept.2010 wurde kein einziges Projekt ausgeschrieben, auch nicht die Projekte der Stadterneuerung, für die eine europaweite Ausschreibung unter der Grenze von 4 Mio. € nicht erforderlich ist.
3. das einzige Projekt, das jetzt beginnt, ist die berufliche Qualifizierung der Stadtteilmütter. Dies geschieht mit städtischen Geldern in der ARGE, d.h. letztlich mit städtischen Mitteln. Dazu braucht die Stadt kein EU-Programm
4. Verschiedene Projekte sind bereits kaputt gegangen, so das Projekt MOVENS, in dem Jugendliche mit Migrationshintergrund in Lehrstellen vermittelt werden sollen, andere können nicht mehr planmäßig umgesetzt werden, da sie- nach pflichtgemäßer Ausschreibung frühestens in einem Jahr beginnen können, aber bereits in 2014, also nach drei Jahren, abgerechnet werden müssen.
5. Die Dauer für ein solches Unterstützungsprogramm beträgt 6 Jahre. Das offizielle Ende ist deshalb 2013. Dass das Programm bis 2015 läuft, liegt daran, dass die EU es extra für die Stadt Köln schon einmal verlängert hat. Deshalb ist eine weitere Verlängerung nicht mehr möglich.
6. Der Zeitraum für normale Förderprojekte beträgt 5 Jahre. Solche Projekte können in der Regelzeit folglich nur durchgeführt werden, wenn die Vorbereitungsarbeiten in der Verwaltung bereits vor Programmbeginn gelaufen sind. Dazu gehört die Vorbereitung auf das Ausschreibungsverfahren. Dies ist offensichtlich nicht geschehen.
7. Tatsächlich wurde die vorbereitende Untersuchung 2007 begonnen und im August 2008 abgeschlossen. Frau Landsberg von der agiplan hat uns damals gesagt, die Umsetzung beginne im September 2008. Das war damals auch die Auffassung der Verwaltung, mit der sie Vereine und Initiativen zur Teilnahme eingeladen hat. Das wird heute von der Verwaltung zwar abgestritten, ist aber schlechterdings nicht anders möglich, wenn die Projekte 5 Jahre laufen sollen und das Ende für 2013 angesetzt ist.
8. Inzwischen erfolgte deshalb eine Verlängerung, da die Stadt nicht in der Lage ist, das Projekt fristgerecht zu beginnen.
9. In der Sitzung vom 20.09. hat Frau Maria Kröger zum erstenmal eingeräumt, dass das Amt bei der Auswahl der Projekte beteiligt war, während sie bisher alle Verantwortung auf agiplan abgewälzt hat. Es ist von daher zu fragen,
 - was ist in den drei Jahren von 2007 bis zum September 2010 geschehen?
 - wie sollen die Projekte, die auf fünf Jahre geplant sind, in nur drei Jahren umgesetzt und abgewickelt sein?
10. Auf diese beiden Fragen war von Frau Kröger keine Antwort zu erhalten. Die kamen teilweise aus dem Beirat. So erklärte der SPD-Vorsitzende Lünenbach, dass in anderen Kommunen bei vergleichbaren EU-Programmen sehr wohl eine Förderung **ohne** europaweite Ausschreibung

möglich ist. Wir fragen: warum geht das nicht in Köln?

11. Herr Lünenbach bezweifelte auch, dass die 40 Millionen ausgegeben werden können. Frau Kröger widersprach nicht, sondern bestätigte diese Aussage indirekt durch die Bemerkung, man versuche vom Regierungspräsidenten die Genehmigung zu erhalten, die Gelder für die ausgebremsten Sozial-Projekte auf Straßenbauprojekte umzuleiten.

Wir von SSM fragen: Weshalb wird eine Amtsleiterin im Amt gehalten, die ein für die Stadt wertvolles Programm vor die Wand fährt und bereits jetzt offensichtlich einen Millionenschaden angerichtet hat?

Frau Krögers Behauptung, das Ausschreibungsverfahren sei so schwierig, ist wenig glaubwürdig, gehören solche Ausschreibungen doch zum täglichen Brot der Verwaltung, die dafür hochbezahlte Spezialisten beschäftigt. Auch ist auffällig, dass viel kleinere Gemeinden, wie z.B. Dortmund oder Leverkusen, mit solchen Programmen seit Jahren erfolgreich umgehen.

Es drängt sich deshalb der Verdacht geradezu auf, dass durch die jahrelange Blockade des Programms unerwünschte Entwicklungen verhindert werden sollen, um das Geld dahin zu leiten, wo man es wirklich haben will: z.B. in Bauprojekte. Dazu passt auch die Bemerkung der Frau Kröger, als nach dem Aus für Movens gefragt wurde, die Arbeitslosigkeit sinke ja bereits.

Allzu laut klingen noch die empörten Schreie aus der Mülheimer Politik nach der Veröffentlichung des Programms in den Ohren, und die Versicherung, man werde die unerwünschten Tendenzen im Vergabeverfahren eliminieren. Nichts anderes tut Frau Kröger, und deshalb bleibt sie im Amt.

Scheitert das Programm, so wird aber unausweichlich OB Roters beschädigt, der sich, seit er das Stadtentwicklungsdezernat Ende 2009 an sich gezogen hat, für Mülheim 2020 direkt verantwortlich zeichnet. Aber das ist manchen sicher auch nicht unlieb.

gez. Rainer Kippe, SSM, Köln, 04.10.10